

Krisenregion Südasien : unvermindertes indisch-pakistanisches Konfliktpotential

Autor(en): **Schoettli, Urs**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **158 (1992)**

Heft 1

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-61702>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF 4481/1416

Krisenregion Südasiens

Unvermindertes indisch-pakistanisches Konfliktpotential

Urs Schoettli

Obschon Südasiens, der indische Subkontinent, eine Region intensiver Supermachtrivalitäten war, bedeutet das Ende des kalten Kriegs hier nicht einen Spannungsabbau von gleichem Ausmass wie in anderen Teilen der Dritten Welt. Das Konfliktpotential zwischen Indien und Pakistan ist unvermindert, und entsprechend lauert auch die stetige Gefahr eines neuerlichen Kriegsganges zwischen den beiden Rivalen.

Rund fünf Dekaden nach Erlangung der Unabhängigkeit befinden sich **Indien** und **Pakistan** in den «Wechseljahren». Beide Länder müssen sich damit abfinden, dass auf absehbare Zeit hinaus politische Instabilität herrschen wird, wobei in Delhi die demokratischen Fundamente erheblich solider sind als in Islamabad. Beide Länder müssen sich – auch vor dem Hintergrund einer weltweiten Entwicklung in Richtung mono-kulturelle und mono-ethnische beziehungsweise mono-religiöse Staaten – darauf einstellen, dass die ohnehin schon starken zentrifugalen Kräfte Auftrieb erhalten werden, wobei erneut im Falle Pakistans die separatistischen Herausforderungen angesichts der verhältnismässigen Kleinheit des Landes und angesichts des Traumas mit der Abtrennung Ost-Pakistans existenzgefährdender sind als in Indien.

Schliesslich müssen beide Länder akzeptieren, dass Massenarmut und Rückständigkeit nicht ausschliesslich Erbschaften der Kolonialzeit sind, die sich mit einem nationalistischen, stark auf den Staat ausgerichteten Wirtschaftskurs bewältigen lassen. Vielmehr handelt es sich hier um regionale Krankheiten der subkontinentalen Gesellschaften, die zudem wegen der anhaltenden Bevölkerungsexplosion weiterhin im Wachsen begriffen sind. In diesem Fall steht allein schon aufgrund der Grössenverhältnisse Indien erheblich schlechter da als Pakistan.

Innenpolitische Instabilität hüben wie drüben

Seit dem nach wie vor ungeklärten Flugzeugabsturz im Sommer 1988, bei dem Präsident Mohammad Zia ul-Haq das Leben verlor, ist **Pakistan** innenpolitisch nicht mehr zur Ruhe gekommen. Auch der Nachfolger der kurzzeitigen Premierministerin Benazir Bhutto, Nawaz Sharif, sieht sich in grossen Schwierigkeiten, verursacht nicht nur durch die schwierige wirt-

schaftliche Lage, sondern auch durch den rapiden Zerfall der öffentlichen Ordnung. Während Politiker wie Wählerschaft unter dem Einfluss aller Arten von Populismen die Instabilität ständig fortführen, verleihen Bürokratie, deren wichtigster Exponent Staatspräsident Ghulam Ishaq Khan ist, und die Streitkräfte, die weiterhin über einen bestimmenden politischen Einfluss verfügen, ein gewisses Mass an Kontinuität. Erschwert wird die Bildung einer stabilen politischen Struktur mit funktionierenden Parteien und klaren Mehrheitsverhältnissen in den Parlamenten durch den Einfluss des Feudalismus auf das politische Leben und durch bittere regionale Rivalitäten, insbesondere Ressentiments zwischen den Pandshabis, die rund drei Viertel der pakistanischen Bevölkerung stellen, und den anderen Volksgruppen.

Seit der Wahlniederlage der damals von Rajiv Gandhi geführten Kongresspartei im Spätherbst 1989 ist **Indien** ohne Regierung mit parlamentarischer Mehrheit. Sowohl Gandhis direkte Nachfolger, V. P. Singh, als auch der nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom vergangenen Frühjahr an die Macht gelangte P. V. Narasimha Rao vermochten nur eine Minderheitsregierung zu bilden, im zweiten Falle allerdings mit etwas mehr Aussicht auf Stabilität, da diesmal die Regierungspartei zumindest auch die stärkste Parlamentsfraktion stellt. Nicht nur das Alter Narasimha Raos, der über 70 Jahre zählt, sondern auch die Tatsache, dass er über keine eigene politische Hausmacht verfügt, sind Indizien dafür, dass es sich beim derzeitigen Premierminister um eine Übergangslösung handelt. In der Tat stehen denn auch in der zweiten Reihe der Kongressführung gewichtige jüngere Politiker zur Machtübernahme bereit. Nach dem gewaltsamen Tod Rajiv Gandhis und dem Ende der «Nehru-Gandhi-Dynastie» befindet sich Indien mitten in einem politischen Generationenwechsel.

Problematisch ist, dass ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da das Land in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt, deren Lösung eine durchgreifende Reform der ökonomischen und wirtschaftspolitischen Strukturen voraussetzt, die politische Führung schwach ist. Während die indische Demokratie in den letzten zehn Jahren gleich zweimal ihre Überlebenskraft und die ihr innewohnende Stabilität eindrücklich unter Beweis gestellt hat – nach der Ermordung Indira Gandhis und nach dem Terroranschlag auf Rajiv Gandhi –, ist unverkennbar, dass zur Meiste-

Urs Schoettli;
1983 bis 1990 Südasiens-Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung»;
seit 1990 in Madrid
Leiter eines politischen Beratungsprojekts;
Autor des im Frühjahr 1991 im Piper-Verlag erschienenen Bandes «5mal Pakistan».

	Indien	Pakistan
Fläche	3 166 414 km ²	796 095 km ²
Bevölkerung:	857 960 200 Einwohner	114 983 400 Einwohner
Religion:	82,6 % Hindus, 11,4 % Moslems, 2,4 % Christen, 2,0 % Shiks, 0,7 % Budhisten, 0,9 % andere	96,7 % Moslems, 1,6 % Christen, 1,5 % Hindus, 0,2 % andere
Armeebestand:	1 265 000 Aktive 460 000 Reserve	565 000 Aktive 513 000 Reserve
Heer:	1 100 000 Sdt 3 100 KPz T-72/-55, Vijayaanta 1 350 SPz PT-76, BRDM-2, BMP-I/-2, OT-64/-62 180 PzHb Abot (105mm), M-46 4 000 Kan 80 MRW BM-21 ? PAL Sagger, Milan, Spigot	500 000 Sdt 1 980 KPz M-47/-48, T-54/-55, Chin. T-59/-69 800 SPz M-113 215 PzHb M-110/-109/-7 1 405 Kan 36 MRW BM-11 424 PAL Cobra, TOW, chin. Red Arrow 20 KHeli AH-IF mit TOW
Marine:	55 000 Sdt (1 000 Marines) 17 U-Boote 2 FlzTräger 5 Zerstörer 46 KFlz Sea Harrier 75 Heli Sea King, Chetak, Ka-25/28	20 000 Sdt 6 U-Boote 3 Zerstörer 8 KFlz Sea Harrier 10 KHeli Sea King, SA-316B
Luftwaffe:	110 000 Sdt 630 KFlz Mirage 2000, Jaguar, MiG-21/-23/-27/-29 193 TrspFlz An-12/-32, Il-76, DO-228, BAe-748 36 KHeli Mi-25/-35 140 TrspHeli Mi-8/-17/-26	45 000 Sdt 327 KFlz Mirage III, F-16, J-6/-7, Q-5 23 TrspFlz C-130, L-100, Boeing 707, F-27 – KHeli 16 TrspHeli SA-316/-321
Flab:	280 SA-2/-3 2 750 FlabKan	36 Crotale 6 CSA-I (SA-2)
Paramilit. Kräfte	702 000 Mann	238 000 Mann/Frau

Quelle: IISS; *The Military Balance 1991–1992*, London 1991.

Chiffres du monde 1989, atlas statistique, Paris 1989.

12. November 1991; Andreas Schaer

rung der Herausforderungen, mit denen sich Indien am Ende dieses Jahrhunderts konfrontiert sieht, die politischen Institutionen einer weitreichenden Revision zu unterziehen sind. Zu denken ist dabei an eine **föderalistischere Kompetenzaufteilung zwischen Zentralgewalt und Gliedstaaten**, aber auch eine mögliche Abkehr vom Westminster-Modell des Majorzsystems.

Südostasien – Neue welt-politische Rahmenbedingungen

In den letzten Jahren ist – von gelegentlichen Meldungen über Terror-

anschläge oder religiöse Konflikte abgesehen – Südostasien weitgehend aus dem internationalen Blickfeld verschwunden. Osteuropa, der Mittlere Osten, Südostasien und der Ferne Osten beanspruchen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, sei es in politischer und strategischer, sei es in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Zerfall des Ostblocks und das Ende des kalten Krieges haben diese Entwicklung noch beschleunigt.

Indiens und Pakistans Aussenpolitiker, beide von einem nicht geringen Mass an Selbstvertrauen, ja Hochmut geprägt, sehen sich plötzlich gezwungen, liebgewordene Parameter aufzugeben. Indien stellte mit Nehru nicht

nur einen der Gründerväter der **Blockfreien Bewegung**, es übte mit **Indira Gandhi** auch in der Zeit, als diese Bewegung sich längst jeder blockfreien Glaubwürdigkeit beraubt hatte, eine Führungsrolle aus. Was man an nationalen wie regionalen Problemen nicht zu meistern verstand, wurde mit der Blockfreien-Rhetorik überdeckt. Delhi fühlte sich bemüssigt, zu jedem internationalen Problem, sei es Nicaragua, Südafrika, der Mittlere Osten oder Kambodscha, seine zumeist ausgeprägt **antiamerikanische Position** der Welt zur Kenntnis zu geben. Jetzt, da die blockfreie Bewegung tot ist, sieht man sich einer nützlichen Plattform, moralische Zensuren auszuteilen, ohne selbst dafür geradestehen zu müssen, beraubt. Auch haben die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in der Sowjetunion ein **konsequent nach Moskau ausgerichtetes aussenpolitisches Establishment** in Delhi im Regen stehen lassen.

Kaum weniger dramatisch wirken sich die neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen auf die **pakistanische Aussenpolitik** aus. Zu Zeiten der intensiven Supermachtrivalität in Südasien, insbesondere nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, profitierte Islamabad bei **Wirtschafts- und Militärhilfe** von grosszügiger amerikanischer Unterstützung. Präsident Zia fand als verlässlicher Partner gegen den sowjetischen Expansionismus in Washington stets offene Türen, selbst Menschenrechtsverletzungen und die Entwicklung einer eigenständigen **Atomkapazität** vermochten die Beziehungen nicht nachhaltig zu stören. Das Weisse Haus stellte sich aus geostrategischen Überlegungen konsequent gegen Forderungen des US-Kongresses, mit Kürzungen der Hilfe Präsident Zia zur Einführung der Demokratie und zum Abbruch des Nuklearprogramms zu bewegen. Nach dem Verschwinden Zias und vor allem nach dem **sowjetischen Abzug aus Afghanistan** sowie der generellen Reduktion von Moskaus Einfluss in Südasien hat sich **Washingtons Interesse** an Islamabad drastisch zurückgebildet. Die Furcht vor einem sowjetischen Vordringen an den Indischen Ozean hat der Besorgnis über die **«islamische Bombe»** sowie der Beunruhigung über Menschenrechtsverletzungen, Drogenmafia und islamischen Fundamentalismus in Pakistan Platz gemacht.

Bilaterale Spannungen

An Friktionen, die zu einem erneuten Waffengang zwischen Indien und

